

MAI ZEITUNG

SPD 
Afa

1. MAI
2023

UNGEBROCHEN
SOLIDARISCH

EIN GASTBEITRAG VON CANSEL KIZILTEPE

HERAUS ZUM 1. MAI: ARBEITSKAMPFTAG!

Der 1. Mai ist Arbeitskampftag. Es ist der Protesttag für internationale Solidarität, für Frieden und eine gerechtere Gesellschaft. In diesem Jahr steht der 1. Mai ganz im Zeichen der Verteilungsgerechtigkeit. Die vergangenen Jahre waren gezeichnet von der Pandemie und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Auszubildenden, Studierenden und Seniorinnen und Senioren leiden unter der hohen Inflation und erheblichen Reallohnverlusten. Während die Reichsten in unserem Land ihr Vermögen trotzdem immer weiter anhäufen, werden Beschäftigte

zu den Leidtragenden der Krise. Doch das Maß ist voll. Mutige Gewerkschaften und eine starke Streikbewegung sind die logische Konsequenz aus dieser Entwicklung. Das ist gut so, denn es ist höchste Zeit, dass wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Solidarität untereinander wiederentdecken.

Nur gemeinsam sind wir stark. Dafür stehen die Gewerkschaften, dafür stehen die Streiks und dafür steht der 1. Mai. Schluss mit Übergangslösungen, Einmalzahlungen und Optionsmodellen in Tarifverträgen. Um die Inflation auszugleichen und sich ein gutes Leben finanzieren zu können, brauchen Millionen von Menschen spürbar mehr in der Lohntüte. Das gilt insbesondere für Berufe, in denen vermehrt Frauen beschäftigt sind. Krankenhäuser, Schulen, Kitas und Pflegeeinrichtungen sind das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft gebaut ist. Ohne die Menschen, die dort arbeiten, geht nichts - trotzdem sind die Arbeitsbedingungen dort teilweise unzumutbar. Wertschätzung zeigt sich durch ordentliche Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen. Insbesondere für die Interessen dieser Beschäftigten gehen wir in diesem Jahr am 1. Mai auf die Straße. Es gibt ein neues Bewusstsein der Solidarität, der gewerkschaftlichen Organisation und für Verteilungsgerechtigkeit.

Lasst uns dieses Bewusstsein auf die Straße tragen. Heraus zum 1. Mai!

Cansel Kiziltepe ist Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Bundesvorsitzende der Afa.

EDITORIAL

ERKÄMPFTES MUSS VERTEIDIGT WERDEN

Der Tag der Arbeit, der Feiertag für uns abhängig Beschäftigte, hat an Aktualität nichts eingebüßt. Im Gegenteil: Es ist wichtiger denn je, für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die Straßen, auf die Märkte und die Kundgebungen der Gewerkschaften zu gehen. Mit der Pandemie haben wir erhebliche Entgrenzungen von Arbeitszeiten, Verdichtung von abgerufenen Arbeitsleistungen und sozialen Drücken auf die Beschäftigten erfahren. Hier gilt es dagegen zu halten!

Kaum raus aus dem LockDown verschärft aktuell die Inflation die Situationen für die Menschen, die darauf angewiesen sind mit ihrer Hände Arbeit ihr Geld zu verdienen. Die stärksten Tarifbewegungen seit langem, helfen die Härten abzumildern, jedoch bleibt der Druck auf die Kaufkraft und damit auf die Konjunktur. Es hilft nichts, wir müssen uns für unsere Rechte organisieren und für unsere Interessen gemeinsam streiten.

In diesem Jahr jährt sich der Sturm der Faschisten auf die Gewerkschaftshäuser zum 90-ten Mal. Das erinnert uns daran, dass unsere Erfolge und gemeinsam erkämpften Verbesserungen nicht in Stein gemeißelt sind. Sie müssen jeden Tag aufs Neue verteidigt werden. Denn eines ist klar: Nicht nur aber eben auch in Thüringen ist der politische Druck auf die Gewerkschaften hoch. Manchmal sichtbar durch offene Angriffe von Rechten auf Gewerkschafter*innen und manchmal subtiler durch Anträge und Initiativen im Landtag spürbar.

Es bleibt dabei: Heraus zum 1. Mai!

*Kirsten Joachim Breuer, Katrin Glaser,
Benjamin Heinrichs*



SPD  Afa

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR
ARBEIT IN DER SPD THÜRINGEN

AFA.SP-D-THÜERINGEN.DE



AFK/Ch.Breuer

SEBASTIAN MASEK

ist 41 Jahre und Betriebsratsvorsitzender von N3 Engine Overhaul Services am Erfurter Kreuz und Sozialdemokrat. Das Unternehmen ist ein Joint Venture von Lufthansa Technik und Rolls-Royce. Das Werk besteht seit 16 Jahren und überholt Triebwerke für die großen Airlines.

EIN INTERVIEW MIT SEBASTIAN MASEK

DIE MAUER MUSS WEG! - EINHEIT IN DER ARBEITSZEIT ERKÄMPFEN

N3 ist einer der großen Arbeitgeber am Erfurter Kreuz. Wer sich für eine Arbeit bei euch entscheidet, weiß, dass es deutlich schlechtere Arbeitgeber in Thüringen gibt. Warum wollt ihr nun die Arbeitszeit absenken?

Sebastian: Gute Arbeitsbedingungen entstehen nicht von allein! Auch wenn dies noch nicht jeder bei uns im Werk weiß: Für bessere Arbeitsbedingungen muss man kämpfen. Bei uns gilt der Flächentarif der Metall- und Elektroindustrie und hier haben wir in den zurückliegenden Jahren gemeinsam mit der IG Metall deutliche Verbesserungen erkämpft. Der Tarifvertrag ermöglicht seit Beginn letzten Jahres, betrieblich die Absenkung an das Westniveau von 35 Stunden in der Woche.

Will jemand weniger arbeiten, so kann dies heute jeder als gesetzlich geregelte Teilzeit, mit dem Chef verabreden. Wozu braucht es da den Tarif oder den Betriebsrat?

Sebastian: Das Gesetz regelt nur den Anspruch auf Teilzeit. Einen Lohnausgleich gibt es jedoch nicht. Der Tarifvertrag regelt, dass die Arbeitszeit auf den Standard des Westniveaus abgesenkt

wird und wie sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Kosten dafür teilen.

Was genau wollt ihr erreichen?

Sebastian: Es gibt schon ein paar gute Lösungen aus anderen Betrieben. Wir wollen jedoch auf kein Entgelt verzichten, um die abgesenkte Arbeitszeit mitzufinanzieren. Derzeit laufen die ersten Gespräche mit der Arbeitgeberseite. Bereits heute lässt sich sagen, dass wir bestimmt nicht als Erste in der 35-Stundenwoche in Thüringen arbeiten. Der Betriebsrat will dem Arbeitgeber mehr Zeit für die Arbeitszeitverkürzung geben und damit erreichen, dass die Kollegen das volle Geld behalten. Arbeiten wir jedes Jahr täglich 6 Minuten weniger, so wären wir in 6 Jahren am Ziel.

Warum kämpft ihr für 6 Minuten weniger am Tag?

Sebastian: Das klingt nach wenig, ist aber viel. Auf das komplette Jahr gerechnet arbeiten wir mit 38h die Woche im Osten einen ganzen Monat mehr als im Westen. Das ist nicht fair. Hier wird schnell klar, dass es für die Arbeitgeber um sehr viel Geld geht. Wir wollen diese

Schlechterstellung nicht länger akzeptieren. Die Mauer in der Arbeitszeit muss weg!

Wer verhandeln will braucht Alternativen. Wie wollt ihr eure Forderungen durchsetzen?

Sebastian: Der Betriebsrat kann die Absenkung der Arbeitszeit nicht erzwingen. Machen wir gar nichts, so regelt der Tarifvertrag, dass später automatisch die 35-Stundenwoche gilt. Damit wären wir dann aber die Letzten in Thüringen. N3 wird auch in den nächsten Jahren noch wachsen. Dank Tarifvertrag verdienen wir gute Entgelte. Jedoch ist heute Zeit das neue Geld! Wenn N3 in der Arbeitszeitfrage nicht aufschließt, dann wird es künftig nahezu unmöglich, gute Leute zu einer Unterschrift unter den Arbeitsvertrag zu bewegen.

Ein letzter Satz?

Sebastian: Unsere Eltern haben die Mauer eingerissen. Es wird Zeit, dass meine Generation nun auch die Einheit in der Arbeitszeit erkämpft.

Das Interview führte Kirsten Joachim Breuer, IG Metall



**Immer auf dem Laufenden!
Unser Telegram-Kanal**

t.me/afa_thueringen_news



RENATE STERNATZ

stellvertretende Bezirksvorsitzende
DGB Hessen-Thüringen



DGB/M. Sehmisch

EIN INTERVIEW MIT RENATE STERNATZ

SOLIDARISCHES MITEINANDER, AUCH IN UNRUHIGEN ZEITEN

Die Zahl der erwerbstätigen Rentner*innen ist in der Jahresmitte des Jahres 2022 auf 31.400 angestiegen. Expert*innen rechnen damit, dass diese Zahl in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Wie bewertest du die zukünftige Situation für Rentner*innen in Thüringen?

Dass immer mehr Rentner*innen arbeiten, um die Rente aufzustocken, ist Ausdruck einer verfehlten Rentenpolitik. Der Sinkflug des Rentenniveaus wurde bewusst herbeigeführt und die Beschäftigten können die Versorgungslücken nicht auffangen. Die Riester-Rente ist gescheitert. Wir brauchen eine stabile, verlässliche gesetzliche Rente. Die Bundesregierung hat das Rentenniveau bis 2025 stabilisiert. Das war wichtig, aber es reicht nicht aus und muss wieder angehoben werden. Altersarmut ist eine Folge niedriger Löhne. Daher war die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro wichtig. Noch wichtiger sind gute Tarifabschlüsse und mehr Beschäftigte, die nach Tarif entlohnt werden. Dafür streiten wir Gewerkschaften. Deshalb fordern wir auch eine Vereinfachung der Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen.

Oxfam hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht, der zeigt, dass die Vermögensverteilung in den letzten Jahren noch ungerechter geworden ist. Merkt man das auch in Thüringen?

Deutschland hat insgesamt eine hohe Vermögensungleichheit. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 35 Prozent des Privatvermögens, die ärmere Hälfte nur ein Prozent. Während Arbeit-

nehmer*innen stark besteuert werden, gibt es fast keine vermögensbezogenen Steuern. Darunter leidet die öffentliche Infrastruktur. Laut Armutsbericht sind 19 Prozent der Thüringer*innen arm, viele von ihnen sind erwerbstätig oder in Rente. Deswegen brauchen wir höhere Löhne und einen gerechten Umbau des Steuersystems. Erwerbstätige mit geringen oder mittleren Einkommen müssen entlastet, Spitzeneinkommen und riesige Vermögen stärker besteuert werden.

Die Tarifbindung in Thüringen ist unterdurchschnittlich. Was braucht es, um das zu verändern?

In tarifgebundenen Betrieben wird in Thüringen 23 Prozent mehr verdient. In mitbestimmten Betrieben sind die Arbeitsbedingungen zudem besser. Deswegen ist es dramatisch, dass nur 20 Prozent der Thüringer Betriebe (mit 46 Prozent der Beschäftigten) tarifgebunden sind. Nur in 8 Prozent der Betriebe gibt es Betriebs- oder Personalräte. Als Gewerkschaften fordern wir daher ein Verbot der (Ohne-Tarif) OT-Mitgliedschaften in Arbeitsgeberverbänden. Außerdem fordern wir eine Weiterentwicklung des Tarifvertragsrechts, die steuerliche Förderung von Gewerkschaftsbeiträgen, Änderungen im Arbeitnehmerentsenderecht und bessere Regulierungen neuer Arbeitsformen sowie von Soloselbstständigkeit. Auch das Land Thüringen kann tätig werden: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif zahlen. Schluss muss dem Lohndumping aus Steuermitteln.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass es um mehr als Löhne geht. Die Generation Z will eine bessere Work-Life-Balance, Familien beklagen zu wenig Zeit miteinander. Muss sich die Arbeitswelt ändern?

Definitiv! Die Arbeitgeber müssen sich im Wettbewerb um Fachkräfte ordentlich strecken. Dazu gehören gerade auch attraktive Arbeitszeitmodelle. Nur so ist eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine gerechtere Aufteilung von familiärer Betreuungs- und Sorgearbeit möglich. Familienväter wünschen sich zunehmend kürzer zu arbeiten, junge Mütter wollen nicht in der Teilzeitfalle feststecken. Als Lösungsansatz wird die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, wie z. B. für eine 4-Tage-Woche diskutiert.

Der Tag der Arbeit 2023 steht unter dem Motto UNGEBROCHEN SOLIDARISCH.

Gewerkschaften stehen für ein solidarisches Miteinander, auch in unruhigen Zeiten. Gemeinsam gehen wir in diesem Jahr daher wieder auf die Straße, um am Tag der Arbeit ein sichtbares Zeichen für eine gerechte, solidarische Zukunft setzen. Macht mit und beteiligt Euch!

Das Interview führte Diana Lehmann, MdL



#GEMA1NSAM
#UngebrochenSolidarisch

DIE ENERGIEWENDE IN THÜRINGEN IST NICHT TEIL DES PROBLEMS, SONDERN EIN WEG FÜR DIE ARBEITSPLÄTZE DER ZUKUNFT!

Die Energiewende sichert bereits heute tausende von Arbeitsplätzen in der Industrie sowie den kleinen und mittleren Unternehmen Thüringens. Unternehmen, die heute immer noch ausschließlich auf fossile Energieträger setzen, müssen mit der Mitbestimmung Konzepte für die Zukunft entwickeln. Um sich in klimaneutrale Produktionsketten einzureihen, benötigen die Unternehmen in Thüringen erneuerbare Energien. Das Vorhandensein von Wind- und Sonnenstrom ist mittlerweile eine Standortfrage für die Wirtschaft und gute Arbeitsplätze.

Die Energieversorgung ist wieder ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt. Tief waren und sind die finanziellen Einschnitte, welche die Abhängigkeit von Fossilen Energieträgern in den letzten zwei Jahren private und öffentliche Haushalte aber auch die Unternehmen getroffen haben. Dabei hat Thüringen in den letzten zwei Jahrzehnten seine Energieversorgung auf breitere vor allem erneuerbare Füße gestellt. Über 1.000 Unternehmen und mehr als 10.000 Beschäftigte erwirtschaften rund 2 Milliarden Euro pro Jahr.

Die erneuerbaren Energie haben in den letzten Monaten gezeigt, je mehr sie zum Einsatz kommen, desto stärker drücken sie den Preis am Strommarkt und bei der Wärmeversorgung. Das im Thüringer Klimaschutzgesetz gesetzte Ziel, den Energiebedarf ab 2040 bilanziell durch einen Mix aus erneuerbaren Energien aus eigenen Quellen decken zu können ist nach wie vor ambitioniert, aber erreichbar.

Denn ein zentraler Vorteil beim Einsatz der Erneuerbaren ist die Dezentralität. Dezentrale Entwicklung, Produktion, Planung, Montage, Betrieb und Recycling stärken das Handwerk sowie die vielfältige und breit aufgestellte Thüringer Industrie.

Bisher sind für die Nutzung der Sonnenenergie für die Stromerzeugung nicht einmal 10 Prozent des Potenzials im Freistaat gehoben. Und dass trotz der Verhundertfachung der installierten Leistung. Beim Rückgrat der Energiewende, der Windkraft zeigt sich ein Flaschenhals der Diskussion. Die bisher ausgewiesenen Windvorranggebiete reichen nicht ansatzweise aus, um den gewachsenen Bedarf der öffentlichen Energieversorger, Unternehmen und Energiegemeinschaften zu decken. Um

das 2022 im Wind-an-Land-Gesetz gesetzte Ziel bis 2032 mindestens 2,2% der Landesfläche auszuweisen zu erreichen, braucht es weniger Widerstand, sondern mehr Beteiligung und Verbindlichkeit. Denn die Entwicklung zeigt Eines auf, wo sich die Menschen direkt beteiligen können, stärkt dies die Akzeptanz. Zugleich darf der Netzausbau nicht nur benannt, sondern muss auch aktiv vorangetrieben werden.

Auch haben uns die letzten Monate gezeigt, was durch Effizienz, Einsparung und Investition in kürzester Zeit möglich ist. So können durch den gezielten Einsatz der Sektorenkopplung oder die Integration von Batteriespeichern vor Ort Kosten aktiv gesenkt, Versorgungssicherheit erhöht und die Effizienz gesteigert werden. Produkte und Dienstleistungen die zu 100% aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, sind ein Wettbewerbsvorteil, sichern mittelfristig Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region und erhöhen die Planungssicherheit. Das stärkt den Lebens- und Wirtschaftsstandort Thüringen.

Andreas Schmidt, Bezirksleiter IG BCE und Denny Möller, Mdl

BUNDESRATSINITIATIVE

EIN KLICK UND (AUS)GELIEFERT!

Nicht zuletzt in der COVID-19-Pandemie hat das Online-Shopping stark zugenommen. Was den Einkauf auf den ersten Blick erleichtert, treibt Tag für Tag den Kolleg*innen der Kurier-Express und Paketdienste den Schweiß auf die Stirn. Die Zahl der Pakete hat extrem zugenommen.

Paketdienstleister und Versand-Unternehmen wie Amazon lagern Paketsendungen immer mehr durch die Vergabe von Werkverträgen aus. Obwohl die Zusteller*innen mit Arbeitsanweisungen, Tourenplanung und zum Teil sogar mit Autos und Kleidung, dieser Unternehmen ausgestattet werden, erfolgt ihre Anstellung und Bezahlung über unzählige kleine Sub-Unternehmen. So ist ein System der Verantwortungslosigkeit entstanden, ohne Mitbestimmung und

Tarifbindung der Beschäftigten.

Nicht nur in Thüringen sind ein Großteil der Beschäftigten in der Branche Kolleg*innen mit Migrationsgeschichte. Aufgrund ihrer Lebens- und Aufenthaltssituation sind sie ihren Arbeitgebern oft ausgeliefert.

Täglich über 200 Pakete sind keine Seltenheit, Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub wird oft nicht gewährt und wer zu langsam oder einmal zu viel krank ist, erhält nicht selten die fristlose Kündigung.

Seit langem kämpfen wir als AfA dafür, die Arbeitsbedingungen in der Branche nachhaltig zu verbessern.

Zusammen mit Bremen und dem Saarland hat der Freistaat Thüringen nun einen Vorstoß im Bundesrat gestartet, Werkverträge in der Branche zu verbieten, das ist gut!

Benjamin Heinrichs, Mitglied im AfA Bundesvorstand

 @AFA.THUERINGEN

 INFO@AFA-THUERINGEN.DE